

<http://www.weser-kurier.de/Artikel/Bremen/Politik/112439/Aufatmen-an-der-Kattenturmer-Heerstrasse.html>

Lkw-Fahrverbot - 13.02.2010

Aufatmen an der Kattenturmer Heerstraße

Von Michael Brandt

Bremen. Wenn Ralf Braun in seinem Wohnzimmer sitzt, dann trennen ihn nur wenige Meter von der Kattenturmer Heerstraße. Es ist die Verbindungsachse von Bremen zum Gewerbegebiet Brinkum-Nord, wo unter anderem der Publikumsmagnet Ikea sitzt. Für schwere Lastwagen ist die Abkürzung zur A1 in Richtung Süden seit November aber tabu. Mit dem Lkw-Verbot, sagt er, habe sich die Lage entspannt. Weniger Lärm, weniger Erschütterungen.

'Es ist auf jeden Fall ruhiger geworden', stellt Braun fest. Er ist Sprecher der Initiative Kattenturmer Heerstraße. Zum aktiven Kreis zählt er 20 bis 25 Personen, die sich alle vier Wochen treffen, um die Situation zu besprechen und bei Bedarf neue Aktionen zu planen. Die Initiative ist derzeit dabei, Fragebögen auszuwerten, die an Anwohner ausgegeben worden sind. Darin werden die Betroffenen gefragt, wie sie die Veränderung der Situation empfinden.

Direkt vom Fahrverbot profitieren Brauns Aussage nach zwischen der Theodor-Billroth

-Straße und der Landesgrenze an die 350 Personen. Insgesamt, schätzt er, wohnen zwischen Neuenlander Straße und Landesgrenze allerdings rund 1000 Menschen direkt an der Straße.

Auch nach Einschätzung von Ortsamtsleiter Ingo Funck hat sich die Lage an der Kattenturmer Heerstraße deutlich entspannt. Die Polizei müsse inzwischen nur noch sporadisch Lastwagenfahrer aus dem Verkehr winken. 'Wir bekommen von vielen Seiten positive Rückmeldungen.'

Ob es bei der Entlastung der Anwohner bleibt, darüber entscheidet das Verwaltungsgericht. Bekanntlich haben sich Unternehmen, die aufgrund des Lkw-Fahrverbotes Umwege in Kauf nehmen müssen, zu einer Interessengemeinschaft zusammengeschlossen und klagen. Aktuell hat es nach Aussagen von Gerichtssprecherin Verena Korrell noch neue Eingaben gegeben. Die Entscheidung, mit der Beobachter eigentlich in diesen Tagen gerechnet hatten, ist so noch einmal vertagt worden.

Firmen finanziell belastet

'Die haben eine Bundesstraße zur Wohnstraße gemacht.' Marcus Wittrock, Geschäftsführer des Unternehmens 'Mennen & Wittrock/Hermann Titschkus' im Brinkumer Gewerbegebiet reagiert zornig und steht unverändert auf dem Standpunkt, dass das Lkw-Verbot ab sieben Tonnen zu Lasten der gesamten Wirtschaftsregion



© Frank Thomas Koch

Ralf Braun, Sprecher der Bürgerinitiative Kattenturmer Heerstraße.

geht. Seiner Aussage nach haben sich der Interessengemeinschaft inzwischen rund 40 Firmen angeschlossen, zwölf von ihnen würden klagen.

Die Betriebe hätten angesichts des Winters und des Straßenzustands ohnehin genügend Probleme. Durch die erzwungenen Umwege kämen weitere finanzielle Belastungen hinzu. 'Sonst würden wir nicht klagen. Jede Kostensteigerung ist inakzeptabel', sagt Wittrock. Hochrechnen, wie sich die längeren Wege für die Unternehmen auswirken, vermag er nicht. Er ist aber sicher, dass die Belastungen für die betroffenen Unternehmen letztendlich von allen getragen werden müssen.

Das Bremer Umwelt- und Verkehrsressort hatte das umstrittenen Lastwagen-Fahrverbot am 9. November vergangenen Jahres eingerichtet. Schon vorher hatte sich Widerstand formiert. Die Betriebe fordern: Die Kattenturmer Heerstraße müsse so lange für schwere Lastwagen offen bleiben, bis als Alternative der 5. Bauabschnitt der A281 fertig sei. Dieses Teilstück soll vom Flughafen bis zur A1 bei Brinkum führen und wird zurzeit von Bremen und Niedersachsen geplant. Beobachter gehen allerdings inzwischen davon aus, dass sich die Fertigstellung lange über den ursprünglich angepeilten Termin 2015 hinaus verschieben könnte.

Das Lkw-Fahrverbot hatte außerdem zu einem ungewöhnlich scharfen Briefwechsel zwischen Niedersachsens Ministerpräsident Christian Wulff (CDU) und Bürgermeister Jens Böhrnsen (SPD) geführt. Wulff hatte beklagt, Niedersachsen sei über die Einführung nicht informiert worden und es sei auch nicht nach einer einvernehmlichen Lösung gesucht worden. Inzwischen, so heißt es, sei bereits ein zweiter böser Brief aus der niedersächsischen Landeshauptstadt ans Bremer Rathaus gegangen.